

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2016

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMENTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees	3
2.	Die liechtensteinische Delegation	4
3.	Konferenz des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zum Thema «Aktuelle Handelsfragen» am 23. Februar 2016 in Brüssel	4
4.	46. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees vom 19. bis 20. Mai 2016 in Vaduz	6
5.	112. CMP- und 79. MPS-Meeting, 54. EFTA-Ministertreffen und 17. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee am 27. Juni 2016 in Bern	9
6.	Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 3. bis 7. Oktober 2016 in Manila und Hanoi	11
7.	Treffen des Parlamentarier- und Konsultativkomitees mit den EWR/EFTA-Ministern am 15. November 2016 in Brüssel	13
8.	Gemeinsame Podiumsdiskussion des EWR/EFTA-Parlamentarier- und Konsultativkomitees zum Thema «Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union» am 15. November 2016 in Brüssel.....	14
9.	5. Gemeinsames Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee am 15. November 2016 in Brüssel	15
10.	MPS-Büro Meeting am 15. November 2016 in Brüssel	16
11.	113. CMP- und 80. MPS-Meeting und 55. EFTA-Ministertreffen am 21. November 2016 in Genf	16
12.	47. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees vom 14. bis 15. Dezember 2016 in Strassburg.....	18
13.	Zusammenarbeit	21
14.	Reisekosten und Taggelder der Delegation	22
15.	Schlusswort und Antrag	22

1. EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Mit dem Jahresbericht 2016 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt in der Regel mehrmals jährlich zusammen. Dabei trifft es zweimal jährlich auch den EFTA-Ministerrat und einmal pro Jahr das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner sämtlicher Mitgliedsländer zusammen.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Norwegen ist im MPS mit sechs, Island mit vier und Liechtenstein mit zwei Parlamentariern vertreten. Die Schweizer Delegation hat in den Meetings des MPS Beobachterstatus. Zusätzlich finden seit 2011 Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt (Liechtenstein hat vorerst beschlossen, sich nicht an diesem Forum zu beteiligen).

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz besitzt in diesem Gremium Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Europäischen Union und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungs-

austausch an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt üblicherweise zweimal im Jahr zusammen.

2. Die liechtensteinische Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees setzt sich seit der Eröffnungssitzung des Landtags vom 27. Februar 2014 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Elfried Hasler, Delegationsleiter
- Abg. Harry Quaderer, ordentliches Mitglied
- Abg. Eugen Nägele, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Manfred Kaufmann, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

3. Konferenz des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zum Thema «Aktuelle Handelsfragen» am 23. Februar 2016 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an dieser Konferenz durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Ebenso waren Parlamentarier aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz anwesend. Die eintägige Konferenz mit hochkarätigen Rednern wurde vom EFTA-Sekretariat in Brüssel organisiert. Für das EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee bot sich eine gute Gelegenheit, sich vertieftes Wissen über aktuelle Entwicklungen bei internationalen Handelsabkommen anzueignen.

Die EFTA-Handelspolitik – Kristinn F. Arnason, EFTA-Generalsekretär

Der EFTA-Generalsekretär Kristinn F. Arnason informierte die Delegierten über die neusten Geschehnisse in Sachen Freihandelsabkommen. Die Verhandlungen mit den Philippinen konnten abgeschlossen werden. Diejenigen mit Georgien standen während der Konferenz kurz vor dem Abschluss [wurden am 26. Februar 2016 abgeschlossen]. Die Verhandlungen mit Indien konnten trotz intensiver Bemühungen seitens EFTA noch nicht wieder aufgenommen werden. Die nächste Verhandlungsrunde mit Malaysia wurde auf den 14. März angekündigt. Aktuell liegt der Schwerpunkt der Verhandlungstätigkeit der EFTA-Staaten in Südostasien.

Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Kanada – Artis Pabriks, MEP, Lettland

Artis Pabriks, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel (INTA), berichtete über seine Arbeit als Berichterstatter

des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA).

Die EU hat mit Kanada im August 2014 die Verhandlungen über das CETA abgeschlossen. Es umfasst neben dem Warenverkehr insbesondere auch Handel mit Dienstleistungen und öffentliches Auftragswesen. In seinen Ausführungen unterstrich Pabriks die Bedeutung einer guten Handelsbeziehung zwischen den beteiligten Parteien. Weiter bezeichnete er CETA als Handelsabkommen der neueren Generation, dessen Standards auf gemeinsamen Grundwerten beruhten. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist noch nicht definiert.

Die Handelspolitik der EU – Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Handel

Das Treffen mit der EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, bot dem Komitee die Gelegenheit, die neue Handels- und Investitionsstrategie der Europäischen Union «Handel für alle», welche im Oktober 2015 vorgestellt wurde, zu diskutieren. Die neue Strategie ist auch vor dem Hintergrund der laufenden kritischen Diskussion innerhalb der EU und ihren Mitgliedstaaten über die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu sehen. Die Strategie beinhaltet eine Reihe von Initiativen, welche mit den Begriffen «Wirksamkeit», «Transparenz» und «Werte» umschrieben werden kann.

Ebenso informierte die Kommissarin über die laufenden Verhandlungen über TTIP und den Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus, welcher innerhalb der Mitgliedstaaten der EU zu kritischen Diskussionen geführt hat.

Entwicklungen in der internationalen Handelspolitik – André Sapir, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Université Libre de Bruxelles, Senior Fellow Bruegel

Als weiterer Referent sprach André Sapir, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Université Libre de Bruxelles und Senior Fellow am europäischen Think Tank Bruegel, über die akademische Perspektive der Entwicklungen in der internationalen Handelspolitik. Dabei ging er auf den Abschluss der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), die Verhandlungen über TTIP, das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) und die Entwicklungen bei der WTO (World Trade Organisation) ein.

Aufgrund der mangelnden Fortschritte in der WTO konnte in den vergangenen Jahren eine Zunahme von bilateralen Freihandelsabkommen festgestellt werden. Ebenso der Trend zu regionalen (Mega-) Freihandelsabkommen wie TPP zwischen zwölf Staaten.

Das Europäische Parlament und seine Arbeit mit internationalen Handelsabkommen – Christofer Fjellner, MEP, Schweden

Christofer Fjellner, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel (INTA), informierte das Komitee über die Arbeitsweisen des Europäischen Parlaments bei internationalen Handelsabkommen

im Allgemeinen. Er machte Ausführungen über die erhöhte Beteiligung und Verantwortung des EU-Parlaments beim Dossier für Handel seit dem Vertrag von Lissabon.

Ebenso führte er aus, dass das Europäische Parlament kein Initiativrecht besitze. Lediglich die EU-Kommission habe das Recht, eine Initiative für den Erlass neuer Rechtsakte zu ergreifen. Über diese vorgelegten Gesetzesentwürfe entscheiden das EU-Parlament sowie der EU-Rat.

Internationale Abkommen werden von der EU-Kommission im Namen der EU – gestützt auf ein Mandat des EU-Rats – verhandelt. Ein verhandeltes Abkommen muss vom EU-Parlament und vom EU-Rat gebilligt werden. Ohne diese Zustimmung kann das Abkommen nicht in Kraft treten. Das EU-Parlament und der EU-Rat können den endgültigen Text eines Abkommens nur billigen oder ablehnen, sie können Abkommen nicht abändern. Sie können lediglich Empfehlungen zu den Verhandlungen abgeben und damit Einfluss auf die Verhandlungsführer der EU-Kommission nehmen.

Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) und das Europäische Parlament – Viviane Reading, MEP, Luxemburg

Viviane Reading, Mitglied des Europäischen Parlaments und Berichterstatterin für TiSA, stellte die am 3. Februar verabschiedete Resolution zum Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) vor. Ebenso erläuterte sie die Rolle des EU-Parlaments in diesem Dossier.

Ziel des TiSA-Abkommens ist die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen (Abbau von Zugangsbeschränkungen). Die Initiative für dieses Abkommen ist Anfang 2012 aufgrund der fehlenden Fortschritte in den regulären WTO-Verhandlungen lanciert worden. Die Verhandlungen werden ausserhalb der WTO geführt. Wie auch die weiteren EFTA-Staaten nimmt Liechtenstein seit September 2013 vollumfänglich an den TiSA-Verhandlungsrunden teil. Somit soll eine mögliche zukünftige Diskriminierung liechtensteinischer Dienstleistungsanbieter gegenüber den Hauptkonkurrenten aus der Europäischen Union und den USA vermieden werden.

4. 46. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees vom 19. bis 20. Mai 2016 in Vaduz

Delegation und Teilnehmer

Am 46. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter), Harry Quaderer, Eugen Nägele, der stellvertretende Abgeordnete Manfred Kaufmann sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben der liechtensteinischen Delegation nahmen Abgeordnete aus Island und Norwegen teil. Aus der Schweiz waren vier Parlamentarier als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten Abgeordnete aus Dänemark und aus Deutschland begrüsst werden.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Nach der Eröffnung der 46. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees durch den Vorsitzenden seitens des EU-Parlaments, Jørn Dohrmann, wurden die Teilnehmer über die allgemeinen Entwicklungen des EWR-Abkommens und dessen Funktionieren informiert. Dazu sprachen Aurelia Frick als EFTA-Präsidentin des EWR-Rats, Anne E. Luwema im Namen des EU-Präsidenten des EWR-Rats, Claude Maerten, EU-Präsident des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, und Sven Erik Svedman, Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde.

Bericht «Collaborative Economy»

Die kollaborative Wirtschaft ist schnell gewachsen und hat sich in den vergangenen Jahren stark entwickelt. Neue Geschäftsmodelle wie «Uber» und «AirBnB» haben Einfluss auf die Weltwirtschaft, auf Konkurrenzsituationen sowie auf gewohnte Geschäftspraktiken in verschiedenen Sektoren. Während diese neuen Marktteilnehmer Wachstum verzeichnen, neue Arbeitsplätze schaffen sowie den Verbrauchern neue Möglichkeiten zu niedrigeren Preisen anbieten, können Spannungen zu etablierten Unternehmen entstehen.

Die Art und Weise in der die kollaborative Wirtschaft agiert, bringt auch eine Reihe von regulatorischen Herausforderungen mit sich, insbesondere in Bereichen wie Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte und Steuern. Es ist wichtig, die positiven Aspekte der kollaborativen Wirtschaft zu unterstreichen und die Aussichten für Wachstum und Beschäftigung zu nennen. Die Europäische Kommission versucht, die kollaborative Wirtschaft in den Binnenmarkt zu integrieren. In diesem Zusammenhang wurde die «Resolution on the Collaborative Economy» verabschiedet [abrufbar unter <http://www.efta.int>].

Bericht «Single Market Strategy for Goods and Services»

Die Idee eines offenen Binnenmarkts gehört zu den grössten Errungenschaften sowohl in der Europäischen Union als auch im EWR. Er erlaubt Bürgern und Unternehmen, im EWR von den vier Grundfreiheiten - Warenverkehr, freier Personenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr – zu profitieren.

Heute stellt dieser Binnenmarkt einen der grössten Wirtschaftsräume der Welt dar. Dennoch ist dieser Binnenmarkt nicht selbstverständlich und wird regelmässigen Überprüfungen unterzogen, um ihn der ständig verändernden Wirtschaft anzupassen. Im Oktober 2015 stellte die Europäische Kommission ihre Reform des Binnenmarkts vor. Die Strategie zur Umsetzung besteht aus gezielten Massnahmen in drei Schlüsselbereichen:

- Schaffung neuer Chancen für Konsumenten, Fachleute und Unternehmen
- Förderung und Ermöglichung der Modernisierung und Innovation in Europa
- Gewährleistung der praktischen Umsetzung für Verbraucher und Unternehmen.

Die Binnenmarktstrategie umfasst sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene verschiedene Initiativen in verschiedenen Bereichen und funktioniert als übergeordnete Strategie. Aufgrund der Integration der EWR/EFTA-Staaten durch das EWR-Abkommen in den EU-Binnenmarkt ist diese Strategie auch für die EWR/EFTA-Staaten von grosser Bedeutung. In diesem Zusammenhang wurde die «Resolution on the Single Market Strategy for Goods and Services» verabschiedet [abrufbar unter <http://www.efta.int>].

Überarbeitung der Arbeitsweise des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees (JPC)

Im vergangenen Jahr startete die liechtensteinische Delegation eine Initiative zur Überprüfung und Verbesserung der Arbeitsweise dieses Komitees. Dies beinhaltete das Hinterfragen der Arbeitsabläufe, die Bedeutung der traktandierten Themen, die Auswahl der Berichterstatter, die allgemeine Zeitplanung, aber auch die aktive Partizipation der EU-Abgeordneten.

An der Sitzung in Vaduz wurden die aufgebrachten Punkte zuerst unter den isländischen, norwegischen und liechtensteinischen Parlamentariern besprochen und anschliessend mit dem Vorsitzenden der EU-Delegation diskutiert. Man wurde sich einig, dass inskünftig vermehrt Spezialisten zur Erörterung aktueller Themen eingeladen werden sollen. Ebenso wurde die teilweise geringe Teilnahme von EU-Abgeordneten – insbesondere an den Sitzungen ausserhalb Brüssels oder Strassburgs – thematisiert. Zudem soll die Vorlaufzeit für Reporte und Resolutionen verlängert werden sowie der Einsatz von Co-Rapporteurs reduziert werden.

Weitere Themen

Ein weiteres Thema auf der Tagesordnung war die Übernahme der EU-Rechtsakte im Bereich der Finanzmarktaufsicht in das EWR-Abkommen. Andrea Entner-Koch, Leiterin der Stabsstelle EWR, informierte das Komitee über aktuelle Entwicklungen. Anschliessend sprach Christian Frommelt vom Liechtenstein-Institut über die Mobilität der Arbeitskräfte und die Migration in Europa aus der Sicht Liechtensteins.

Studienbesuch bei der LGT AG in Bendern

Ziel des Studienbesuchs bei der LGT war es, den Parlamentariern den liechtensteinischen Finanzplatz näher zu bringen und eventuell noch bestehende alte Denkmuster zu korrigieren. Nach der Begrüssung erfolgte ein Rundgang mit Erklärungen durch den Handelsraum der LGT. Anschliessend sprachen ein Vertreter des Bankenverbandes über die Arbeit und Bemühungen des liechtensteinischen Finanzplatzes und ein Vertreter der LGT über weitere branchenspezifische Herausforderungen. Es wurde das Bild eines kooperativen, professionellen, steuertransparenten, EU-kompatiblen und erfolgreichen Bankenplatzes vermittelt.

5. 112. CMP- und 79. MPS-Meeting, 54. EFTA-Ministertreffen und 17. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee am 27. Juni 2016 in Bern

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die EFTA-Minister und die Vertreter des Konsultativkomitees der EFTA-Staaten anwesend.

112. CMP- und 79. MPS-Meeting

Das Parlamentarierkomitee wurde von Dag W. Holter, Stellvertretender EFTA-Generalsekretär, über die neusten Entwicklungen im EWR-Abkommen informiert. Am 3. Mai 2016 konnte nach langen Verhandlungen das Übereinkommen über den EWR-Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2014-2021 unterzeichnet werden. Der Gesamtbetrag der EWR/EFTA-Staaten zum Ausgleich und zur Reduzierung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten innerhalb des EWR entspricht EUR 1,55 Milliarden. Der liechtensteinische Beitrag für diese siebenjährige Programmperiode wird bei ca. EUR 16,41 Millionen liegen. [Dem entsprechenden Finanzbeschluss wurde im Juni-Landtag 2016 zugestimmt.]

Nach wie vor ist die Senkung der Zahl der EWR-relevanten Rechtsakte, die noch nicht in das EWR-Abkommen inkorporiert worden sind, aber schon auf der EU-Seite anwendbar sind (sogenannter «Backlog»), eine der Hauptprioritäten der Vertragspartner. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) der Europäischen Union anerkennt die positiven Anstrengungen der EWR/EFTA-Staaten zur Verringerung des «Backlogs», betrachtet diese aber als unzureichend. Man ist sich jedoch auf EU- als auch auf EWR/EFTA-Seite einig, dass beim Abbau des «Backlogs» weiterer Handlungsbedarf besteht. Weiter kündigt der EAD an, dass er in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission eine Prioritätenliste aus Sicht der Europäischen Union erstellen werde.

Ebenfalls konnten Fortschritte erzielt werden bei der Übernahme der EU-Rechtsakte zum Europäischen System der Finanzaufsichtsbehörden. Die ersten neun Beschlussentwürfe des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und die Entwürfe der EU-Ratsbeschlüsse des ersten Pakets im Bereich der Finanzaufsicht wurden dem EU-Rat Anfang Juni 2016 unterbreitet. Parallel dazu laufen die parlamentarischen Verfahren in den EWR/EFTA-Staaten. [Der Landtag hat im Mai 2016 allen Beschlüssen zugestimmt.]

Als weiteren Traktandenpunkt sprach Cenni Najy von «foraus», dem Schweizer Think-Tank zur Aussenpolitik, und informierte die Parlamentarier über das Ergebnis des Referendums Grossbritanniens zum Austritt aus der Europäischen Union. Er

sprach insbesondere über die Beziehungen Grossbritanniens zur Europäischen Union und die Konsequenzen aus der Abstimmung. Dabei kamen auch die Optionen einer EWR-Mitgliedschaft Grossbritanniens oder ein bilateraler Weg (ähnlich der Schweiz) zur Sprache. Dabei gebe es aber zu bedenken, dass speziell Verhandlungen über bilaterale Verträge lange und oft schwerfällige Prozesse seien.

54. EFTA-Ministertreffen

Unter der Leitung des schweizerischen Bundespräsidenten Johann Schneider-Ammann fand das jährliche Treffen zwischen den EFTA-Ministern und dem Parlamentarierkomitee statt. Ebenfalls anwesend waren die isländische Aussenministerin Lilja Alfredsdottir, die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick sowie die norwegische Ministerin für Handel, Industrie und Fischerei Monica Maeland.

Der Vorsitzende informierte über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Momentan unterhält die EFTA 27 Freihandelsabkommen mit 38 Partnern. Verhandlungen über Freihandelsabkommen finden derzeit mit Indien, Indonesien, Malaysia und Vietnam statt. Unterbrochen sind die Verhandlungen mit Algerien, Honduras, Thailand und den Mitgliedern der Zollunion Russland-Weissrussland-Kasachstan. Zusammenarbeitserklärungen bestehen zwischen der EFTA und den fünf Partnern Mauritius, Mercosur, Mongolei, Myanmar und Pakistan. Neben dem Abschluss von neuen Freihandelsabkommen gewinnt die Pflege und Erweiterung bestehender Abkommen zunehmend an Bedeutung. Gespräche werden hierzu mit der Türkei und Mexiko geführt. Mit Chile ist die Aufnahme solcher Gespräche geplant. Mit Kanada wird derzeit ein exploratorischer Dialog über die Erweiterung des bestehenden Freihandelsabkommens geführt.

Anlässlich des Treffens in Bern konnte das Freihandelsabkommen mit Georgien unterzeichnet werden. Dieser Schritt folgte auf die Zusammenarbeitserklärung vom Juni 2012, den Start der Verhandlungen im September 2015 und die Verhandlungen, welche nach drei Runden im Februar 2016 abgeschlossen werden konnten. Ebenfalls konnten am Treffen die Freihandelsverhandlungen mit Ecuador lanciert werden.

Ein weiteres Thema waren die möglichen Konsequenzen des Brexit. Dabei unterstrichen die Minister, dass die guten und engen Handelsbeziehungen zwischen Grossbritannien und der EFTA auch unter diesen Umständen beibehalten werden sollen. Wie dies konkret aussehen könnte, blieb unbeantwortet.

17. Joint-Meeting mit dem EFTA-Konsultativkomitee

Eine weitere Sitzung fand mit dem Konsultativkomitee der EFTA-Staaten statt. Kernthema der gemeinsamen Sitzung war die aktuelle Situation im internationalen Handel und seine Zukunftsperspektiven. Dazu sprach Dr. Koen Berden, Direktor am World Trade Institut. Er machte Ausführungen zu internationalen Trends, Freihandelsabkommen allgemein, den sogenannten Mega-Regionals wie die Transpazifische Partnerschaft (TPP), die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA), das Umfassende Wirt-

schafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) sowie die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (TTIP), die Folgen für die WTO sowie mögliche Auswirkungen auf die EFTA.

6. Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 3. bis 7. Oktober 2016 in Manila und Hanoi

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war bei diesem Arbeitsbesuch durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz teil. Ebenfalls waren zwei Vertreter des EFTA-Konsultativkomitees als Beobachter anwesend.

Manila vom 3. bis 4. Oktober

Der Start der Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit den Philippinen erfolgte durch die Unterzeichnung der gemeinsamen Zusammenarbeitserklärung im Juni 2014 in Island. Nach fünf Verhandlungsrunden konnte im April 2016 in Bern das Freihandelsabkommen mit den Philippinen unterzeichnet werden. Ziele des Besuchs waren, den ins Stocken geratenen Ratifikationsprozess zu unterstützen sowie die parlamentarische Dimension des Handelsdialogs zu stärken. In Manila fanden Treffen mit Gesetzgebern, Beamten und Interessensgruppen statt.

Während des Arbeitsbesuchs traf sich das Parlamentarierkomitee mit Aquilino Pimentel III, Senatspräsident, Gwendolyn F. Garcia, stellvertretende Präsidentin des Repräsentantenhauses, sowie weiteren Senatoren und Abgeordneten. Ebenso traf das Komitee Ramon Lopez, Sekretär des Industrie- und Handelsministeriums, sowie den Chefunterhändler des Freihandelsabkommens. Weitere Treffen fanden mit Privatdozenten sowie Vertretern der schweizerischen und norwegischen Botschaften statt.

Das Komitee unterstrich während der Treffen, dass das Freihandelsabkommen zwischen den Philippinen und der EFTA grosse Unterstützung in den nationalen Parlamenten der EFTA-Staaten genieße und somit eine rasche Ratifizierung des Abkommens vorgehesehen sei.

Fazit des Arbeitsbesuchs

Sämtliche Gesprächspartner sprachen die Veränderungen, die derzeit auf den Philippinen stattfinden, an und unterstrichen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die politische Linie des neuen Präsidenten schätze. Die Unterstützung von Präsident Duterte resultiere aus der Sicht der Bevölkerung aus der Notwendigkeit einer radikalen Veränderung zur Verringerung der Kriminalität und des Drogenproblems, zur Bekämpfung der Korruption, Sicherstellung von Frieden, Verbesserung der Infra-

struktur und Linderung der Armut. Um das Verhalten von Präsident Duterte zu verstehen, sei es wichtig, seinen Background zu kennen. Vor der Übernahme des Präsidentenamts sei er Lokalpolitiker gewesen und habe sich in seinem Amt auf lokale Belange konzentriert. Das Fehlen von Erfahrungen auf nationaler und internationaler Ebene habe zu Missverständnissen geführt.

Der Sekretär des Industrie- und Handelsministeriums unterstrich, dass die aktuellen Veränderungen in der Politik nicht unbedingt eine Änderung in der Handelspolitik oder dem Freihandelsprozess mit der EFTA bedeute. Er wies darauf hin, dass die Philippinen ein grosses Potenzial und gute Bedingungen für Investitionen bieten. Korruption sei nach wie vor ein Problem, aber die Behebung dieses Hindernisses eine Priorität von Präsident Duterte. Ebenso führte er aus, dass die Regierung sich eine Liberalisierung der Regelung im Zusammenhang mit Beschränkungen von ausländischem Eigentum (von derzeit 40%) vorstellen könne.

Die Vertreter des Senats unterstrichen in ihren Ausführungen, dass mit den aktuellen politischen Veränderungen Präsident Duterte auf der Suche nach neuen ausländischen Partnern sei. Das Freihandelsabkommen mit der EFTA passe gut zu dieser Strategie. Der Präsident des Senats ergänzte, dass durch den Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees das Freihandelsabkommen seine Aufmerksamkeit erlangte und der Senat den Präsidenten an die Vorzüge des Abkommens erinnern werde, um dieses bald abzuschliessen.

Hanoi vom 5. bis 7. Oktober

Im Februar 2011 wurde eine gemeinsame Machbarkeitsstudie zwischen der EFTA und Vietnam bezüglich eines Freihandelsabkommens abgeschlossen. Im Mai 2012 wurden die Verhandlungen lanciert. Inzwischen fanden 13 Verhandlungsrunden statt, die letzte im Oktober 2015. Nach wie vor sind die Gespräche mit Vietnam schwierig, denn Vietnam will den EFTA-Staaten kein der Europäischen Union vergleichbares Verpflichtungsniveau anbieten.

Im Parlament fanden Treffen mit Nguyen Van Giau, Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses, Duong Quoc Anh, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, sowie mit diversen weiteren Abgeordneten statt. Phung Quoc Hien, stellvertretender Vorsitzender der Nationalversammlung, lud das Komitee zu einem Höflichkeitsbesuch ein. Ein weiterer Höflichkeitsbesuch fand mit dem stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Bui Thanh Son, statt. Weiters traf sich das Komitee mit Tran Quoc Khanh, stellvertretender Minister des Industrie- und Handelsministerium, mit Vertretern des Instituts für Wirtschaftsmanagement, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der EU-Delegation in Vietnam und Vertretern der schweizerischen und norwegischen Botschaften.

Während des dreitägigen Besuchs in Hanoi nutzte das Parlamentarierkomitee die Gelegenheit, seinen vietnamesischen Gesprächspartnern den Mehrwert eines Freihandelsabkommens zwischen Vietnam und den EFTA-Staaten darzulegen und den Beziehungen zwischen Vietnam und der EFTA eine neue Dynamik zu verleihen. Das Komitee unterstrich an den Treffen, dass Vietnam ein wichtiger Partner für die

EFTA-Staaten sei und der Abschluss eines umfassenden Abkommens beiden Partnern nutze. Das Komitee betonte weiter, dass die EFTA-Freihandelsverhandlungen in den nationalen Parlamenten der EFTA-Staaten grosse Unterstützung genossen und nach einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit einer raschen Ratifikation zu rechnen sei.

Fazit des Arbeitsbesuchs

Die Kernbotschaft des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sowie des Ministeriums für Industrie und Handel war, dass Vietnam sehr an einem Freihandelsabkommen mit der EFTA interessiert ist. Ein positiver Nebeneffekt daraus wäre die Ankurbelung von ausländischen Direktinvestitionen. Das Ziel sei, die Verhandlungen fortzusetzen und bald abzuschliessen. Ein Freihandelsabkommen mit der EFTA muss ein umfassendes und ausgewogenes Abkommen mit beidseitigem Nutzen sein. Dies wurde in den vietnamesischen Vereinbarungen mit der EU und in der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) umgesetzt. Der neue Chefunterhändler Vietnams leitete auch die Verhandlungen mit der EU und zu TPP. Der stellvertretende Minister des Ministeriums für Industrie und Handel unterstrich in seinen Ausführungen, dass alle relevanten Abteilungen des Ministeriums ein gemeinsames Interesse an der Stärkung der Beziehungen zwischen Vietnam und den EFTA-Staaten durch ein Freihandelsabkommen haben.

Auch die Rückmeldungen der Nationalversammlung waren positiv. Der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses würde es begrüssen, wenn Vietnam nächster Partner der EFTA in Sachen Freihandelsabkommen würde. Investitionen seien für Vietnam wichtig und der Handel und die Zusammenarbeit hätten durchaus Potenzial. Der Wirtschaftsausschuss versicherte, den Prozess zu einem Freihandelsabkommen zu unterstützen und die bestmöglichen Voraussetzungen für Unternehmen aus den EFTA-Staaten zu ermöglichen. Ebenso wichtig sei es, gute Bedingungen für vietnamesische Unternehmen in den EFTA-Staaten zu schaffen. Der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung regte das Komitee an, dafür besorgt zu sein, dass ihre Regierungen den Verhandlungsprozess beschleunigen, und erklärte abschliessend, dass die Nationalversammlung das Freihandelsabkommen schnell ratifizieren werde.

7. Treffen des Parlamentarier- und Konsultativkomitees mit den EWR/EFTA-Ministern am 15. November 2016 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an den verschiedenen Treffen in Brüssel durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Vertretern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Auf Ministerebene waren die norwegische Ministerin für Angelegenheiten des EWR und der EU, Elisabeth Vik Aspaker, der isländische Staatssekre-

tär Stefán Haukur Jóhannesson, sowie die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick, vertreten. Ebenfalls anwesend waren Mitglieder des Konsultativkomitees der EFTA-Staaten.

Sitzung mit EWR/EFTA-Ministern

Zum achten Mal fand eine gemeinsame Sitzung zwischen den EWR/EFTA-Ministern, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem EFTA-Konsultativkomitee statt. Dieses jährliche Treffen findet jeweils im Zusammenhang mit dem Treffen des EWR-Rats statt und bietet den beteiligten Gremien die Möglichkeit, sich über die neusten Entwicklungen im EWR-Abkommen auszutauschen.

Die derzeitige Vorsitzende des EWR-Rats, die norwegische Ministerin Vik Aspaker, informierte die Komitees über die Diskussionen im EWR-Rat zur allgemeinen Funktionsweise des EWR-Abkommens sowie über den politischen Dialog und weitere derzeit aktuelle Themen.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand das Thema Brexit. Grossbritannien ist Vertragspartei des EWR-Abkommens, und somit ist eine enge Abstimmung zwischen der EU und den EWR/EFTA-Staaten im bevorstehenden Verhandlungsprozess bedeutend. Die Ministerin betonte, dass sich die Beziehungen zwischen Grossbritannien und den EWR/EFTA-Staaten solange nicht ändern werde, bis Grossbritannien seine Austrittserklärung – gemäss Artikel 50 des EU-Vertrags – bekannt gebe. Bis dahin seien die bestehenden Regeln, einschliesslich des EWR-Abkommens, in Kraft.

Weiter erklärte die Vorsitzende, dass die Entscheidung Grossbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, auch Konsequenzen für den EWR haben werde. Somit sei es zur Sicherung des EWR-Abkommens und zur Sicherstellung der Fortsetzung eines gut funktionierenden und homogenen Binnenmarkts in Europa von entscheidender Bedeutung, einen ständigen Informationsaustausch zwischen der Europäischen Union und den EWR/EFTA-Staaten über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Grossbritannien zu gewährleisten.

8. Gemeinsame Podiumsdiskussion des EWR/EFTA-Parlamentarier- und Konsultativkomitees zum Thema «Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union» am 15. November 2016 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Neben den Parlamentariern aus Liechtenstein, Island und Norwegen waren die Mitglieder des Konsultativkomitees anwesend.

Podiumsdiskussion «Brexit – possible models for the UK in Europe»

Der erste Teil der Debatte war dem Thema der rechtlichen Folgen des Brexit und den Auswirkungen auf den EWR gewidmet. Dazu sprachen René Repasi vom Europäischen Forschungszentrum für Wirtschaft und Finanzen und Georges Baur vom

EFTA-Sekretariat. Die Redner wiesen auf die ausserordentliche rechtliche Komplexität des Brexit hin.

Im zweiten Teil wurden die Möglichkeiten für Grossbritannien nach dem Austritt aus der Europäischen Union näher erläutert. Dazu sprachen Guntram Wolff, Direktor Bruegel, und Janis A. Emmanouilidis vom Europäischen Politikzentrum.

Dabei kamen verschiedene Modelle zur Sprache. Ein «harter Brexit» würde bedeuten, dass Grossbritannien aus dem Binnenmarkt ausscheidet und mit der Europäischen Union ein Freihandelsabkommen aushandelt. Sollte keine Einigung erzielt werden, würde der Handel künftig nach den Regeln der WTO (World Trade Organisation) ablaufen und der Zugang Grossbritanniens zum EU-Binnenmarkt wäre sehr beschränkt. Das Gegenmodell wäre ein «weicher Brexit». Dazu gehören das «Schweizer-Modell» und das «EWR-Modell». Die Sprecher führten aus, dass gemäss kürzlich gemachten Äusserungen der Premierministerin, Grossbritannien zwar weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt haben wolle, doch insbesondere die unbeschränkte Personenfreizügigkeit sowie die Gerichtsbarkeit des EuGH (Gerichtshof der Europäischen Union) nicht weiter akzeptieren werde. Dies wäre allerdings für zahlreiche EU-Staaten Rosinenpicken und somit inakzeptabel.

9. 5. Gemeinsames Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee am 15. November 2016 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Neben den Vertretern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Das EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden wurde durch seine gewählten Mitglieder aus Island und Norwegen vertreten. Die Schweiz wurde durch einen Beobachter vertreten. Liechtenstein beteiligt sich nicht an diesem im Jahr 2009 etablierten Gremium.

Sitzung mit dem EWR/EFTA-Forum für Regionale und Lokale Behörden

Im Mittelpunkt dieses regelmässig stattfindenden Treffens steht der gegenseitige Informationsaustausch. Die Vorsitzenden berichteten über Themen, welche in den jeweiligen Komitees aktuell diskutiert werden. Die Vorsitzende des Forums informierte über die vom Forum kürzlich verabschiedete Erklärung zum Vorschlag der Europäischen Kommission zur «Europäischen Agenda für neue Kompetenzen». Ebenso erörterte das Forum im vergangenen Jahr den Einfluss der EU-Agenturen auf die lokale und regionale Demokratie in den EWR/EFTA-Staaten, den Brexit und weitere Trends in Europa.

Anschliessend informierte Dominic Rowles, EU-Berater und stellvertretender Leiter des Brüsseler Büros der «Local Government Association UK», über den Brexit und die möglichen Auswirkungen auf die lokalen und regionalen Behörden in Grossbritannien.

10. MPS-Büro Meeting am 15. November 2016 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Neben den Parlamentariern aus Liechtenstein waren Abgeordnete der weiteren EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island, Sven Erik Svedman (Präsident) und die College-Mitglieder der EFTA-Überwachungsbehörde sowie ein Vertreter der Isländischen Botschaft bei der EU als Vertreter des EFTA-Court Committee anwesend.

MPS-Büro Meeting

Das Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten berät einmal jährlich das eingereichte Budget der EFTA-Überwachungsbehörde (EFTA Surveillance Authority, ESA). Der Präsident der ESA stellte das Budget über EUR 14'737'100, was einer Erhöhung von EUR 5,15% zum Vorjahr entspricht, vor. Die Erhöhung des Budgets hängt mit einer Lohnsteigerung von 3,1%, der Schaffung einer zusätzlichen temporären Stelle, einer Inflationsbereinigung von 1,8% und mit der Erneuerung der verwendeten Software zusammen. Für die EWR/EFTA-Staaten bedeutet dies eine Erhöhung ihrer Beiträge um 5,13% verglichen mit 2016. Der liechtensteinische Beitrag am Gesamtbudget beträgt für das Jahr 2017 EUR 293'812.

Die Mitglieder waren sich nach eingehender Diskussion einig, dass aufgrund der Tatsache, dass die Haushalte der EWR/EFTA-Staaten weiterhin restriktive geplant werden, dies auch auf internationaler Ebene gemacht werden sollte. Somit empfiehlt das MPS-Büro dem EFTA-Court Committee die Budgeterhöhung der ESA zu reduzieren.

11. 113. CMP- und 80. MPS-Meeting und 55. EFTA-Ministertreffen am 21. November 2016 in Genf

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer vertreten. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) begleitet. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die Minister der EFTA-Staaten anwesend.

113. CMP- und 80. MPS-Meeting

Nach der Eröffnung der Sitzung folgte die «Round-Table Diskussion» über die politischen Entwicklungen in den EFTA-Staaten. Dabei berichten die Delegationsleiter über aktuelle Themen in ihren nationalen Parlamenten. Der schweizerische Delegationsleiter informierte über die geplante Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative» sowie über die verschiedenen bevorstehenden Abstimmungen. Der nor-

wegische Delegationsleiter informierte das Komitee über die aktuellen Debatten im norwegischen Parlament. Der Isländische Delegationsleiter informierte über die Parlamentswahlen vom Oktober 2016 und die derzeit stattfindenden Koalitionsgespräche der verschiedenen Parteien. Der liechtensteinische Delegationsleiter Elfried Hasler informierte über die Abstimmung über das Familienzulagengesetz, die Verabschiedung des Budgets 2017, den aktuellen Stand des automatischen Informationsaustauschs sowie über die bevorstehenden Landtagswahlen im Februar 2017.

Es folgte eine Präsentation des EFTA-Sekretariats über den Handel zwischen der EFTA und seinen Freihandelspartnern. Diese Abkommen bieten einen Markt mit einer Gesamtbevölkerung von über 870 Millionen. Mehr als die Hälfte der derzeitigen Freihandelsabkommen (FTA) der EFTA wurden in den letzten zehn Jahren unterzeichnet. Zudem sind neue Abkommen in Kraft getreten und der Handel mit den neuen FTA-Partnern wurde gestärkt. So vervierfachte sich der Anteil der EFTA-Warenexporte mit ihren FTA-Partnern von 3% auf über 12%, während der Anteil an Exporten in die Europäische Union von 71% auf 62% gesunken ist. Der Anteil an EFTA-Warenimporten aus den FTA-Partnern ist im vergangenen Jahrzehnt um das Fünffache von 1,5% auf 7,5% gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von EUR 2,5 Milliarden im Jahr 2006 auf EUR 17,9 Milliarden im Jahr 2015. Die Importe aus der Europäischen Union sind von EUR 127 Milliarden auf EUR 161 Milliarden gestiegen.

Anschliessend informierte Harald Neple, norwegischer Botschafter zur WTO und zur EFTA, über «The multilateral trade negotiations and work towards the 2017 WTO Ministerial». Er berichtete über das im Oktober 2016 auf Einladung Norwegens stattgefundene informelle Ministertreffen mit 25 Staaten. Diese Treffen dienen insbesondere der Vorbereitung und Unterstützung sowie der politischen Begleitung der Verhandlungen. Daniel Blockert, schwedischer Botschafter zur WTO, informierte das Komitee zum Thema «Mega-regionals – competitors or building blocks of a multilateral trading system?».

Abschliessend wurden die Vorsitzenden der Komitees für das Jahr 2017 gewählt. Den Vorsitz des CMP/MPS-Komitees wird die norwegische Delegation stellen. Das Amt des Vizevorsitzenden des MPS-Komitees fällt auf den liechtensteinischen Delegationsleiter.

55. EFTA-Ministertreffen

Das 55. EFTA-Ministertreffen präsierte die isländische Aussenministerin Lilja Alfreddottir. Ebenfalls anwesend waren der schweizerische Bundespräsident Johann Schneider-Ammann, die norwegische Ministerin für Handel, Industrie und Fischerei Monica Maeland und die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick.

Die Minister informierten das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen der EFTA-Drittlandbeziehungen. Das EFTA-Netzwerk besteht derzeit aus 27 Freihandelsabkommen mit 38 Ländern und Territorien. Das Netzwerk wird durch fünf gemeinsame Erklärungen über die Zusammenarbeit mit acht Ländern ergänzt. Die Vorsitzende berichtete, dass Verhandlungen über Freihandelsabkommen der-

zeit mit Indonesien, Malaysia, Vietnam und Indien stattfinden. Mitte November fand die erste Verhandlungsrunde für ein Freihandelsabkommen mit Ecuador statt. Am EFTA-Ministertreffen vom Juni 2015 in Schaan wurde mit der Unterzeichnung einer Zusammenarbeitserklärung mit Ecuador der Grundstein für diese Verhandlungen gelegt. Unterbrochen sind die Verhandlungen mit Algerien, Honduras, Russland, Weissrussland und Kasachstan sowie Thailand.

Mit Indien konnten die Gespräche nach intensiven Bemühungen der EFTA-Staaten im Juni dieses Jahres wieder aufgenommen werden, und im Oktober wurde die 14. Verhandlungsrunde in Genf durchgeführt. Beide Seiten streben einen Abschluss der Verhandlungen bis spätestens Ende 2017 an.

Ebenfalls thematisiert wurde das Thema Brexit. Die Minister bedauerten die Entscheidung Grossbritanniens, die Europäische Union zu verlassen. Noch immer gebe es viele ungeklärte Fragen insbesondere zum Binnenmarkt. Die EFTA-Staaten seien an einem reibungslosen Verhandlungsprozess interessiert und würden diesen weiterhin genau verfolgen.

Abschliessend berichteten die Minister über den aktuellen Stand des handelspolitischen Dialogs zwischen den EFTA-Staaten und den USA betreffend TTIP-Verhandlungen.

12. 47. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees vom 14. bis 15. Dezember 2016 in Strassburg

Delegation und Teilnehmer

Am 47. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben der liechtensteinischen Delegation nahmen Abgeordnete aus Island und Norwegen teil. Seitens des EU-Parlaments konnten verschiedene Abgeordnete aus Dänemark, Grossbritannien, Schweden, Österreich und Deutschland begrüsst werden.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Das Komitee wurde über die allgemeinen Entwicklungen und das Funktionieren des EWR-Abkommens informiert. L'ubica Karvasová, Co-Vorsitzende des EWR-Rats, informierte über die Prioritäten des slowakischen Vorsitzes des EU-Rats. Sie betonte, dass das EWR-Abkommen gut funktioniere und als Grundstein für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den EWR/EFTA-Staaten bezeichnet werden könne. Bergdis Ellertsdottir, Vorsitzende des EWR-Rats und Botschafterin Islands zur EU, führte aus, dass die Entscheidung Grossbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, auch Auswirkungen auf den EWR haben werde und es somit für die EWR/EFTA-Staaten unabdingbar sei, die Diskussionen zwischen der EU und Grossbritannien eng zu verfolgen. Der Repräsentant des EEA Joint Committee, Vaclav Navratil, ging in seinen Ausführungen auf die Übernahme und Umsetzung der EU-

Rechtsakte, insbesondere in den EWR/EFTA-Staaten, ein. Sven Erik Svedman, Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde, machte Ausführungen zu aktuellen Themen im Bereich des Binnenmarkts.

Jahresbericht 2015 über das Funktionieren des EWR-Abkommens

Der Beschluss zum Jahresbericht 2015 über das Funktionieren des EWR-Abkommens hält fest, dass die Zahl der Rechtsakte, die in das EWR-Abkommen übernommen wurden, im Jahr 2015 mit 483 Rechtsakten verglichen mit 627 Rechtsakten im Jahr 2014 zurückging. Weiter wird im Beschluss das EEA Joint Committee aufgefordert, Lösungen für die seit Langem zur Übernahme anhängigen Rechtsakte zu finden, und das gemeinsame Interesse sowohl der Europäischen Union als auch der EWR/EFTA-Staaten bei der rechtzeitigen Übernahme von Rechtsakten unterstrichen. Der Beschluss begrüsst das verringerte durchschnittliche Umsetzungsdefizit der EWR/EFTA-Staaten im Jahr 2015 und unterstreicht, dass eine rechtzeitige Umsetzung für die Homogenität des Binnenmarkts von wesentlicher Bedeutung ist.

Der Beschluss nimmt zur Kenntnis, dass die EWR/EFTA-Staaten eine volle Teilnahme (ohne Stimmrecht) bei ihrer Mitwirkung an bestehenden und künftigen EWR-relevanten EU-Agenturen fordern. Weiter begrüsst der Beschluss den Vorschlag der Europäischen Kommission vom September 2016, den EWR/EFTA-Staaten eine volle Teilnahme bei BEREC (Europäische Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation) zu gewähren.

Ebenfalls anerkennt der Beschluss die Bemühungen der EWR/EFTA-Staaten im Bereich des EWR-Finanzierungsmechanismus zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im EWR.

Abschliessend hält der Beschluss fest, dass die EWR/EFTA-Staaten durch das EWR-Abkommen mit ihrer uneingeschränkten Teilnahme am Binnenmarkt aufgrund des britischen Ausstiegs aus der EU direkte Auswirkungen auf das EWR-Abkommen und die Beziehungen der EFTA-Staaten zu Grossbritannien im Binnenmarkt spüren werden. Dadurch wird ein enger Dialog zwischen den EWR/EFTA-Staaten und der Europäischen Union im Hinblick auf die bevorstehenden Brexit-Verhandlungen unumgänglich sein. In diesem Zusammenhang wurde die «Resolution on the Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2015» verabschiedet [abrufbar unter <http://www.efta.int>].

Wirtschaftliche und politische Herausforderungen des zukünftigen Binnenmarkts

Unter diesem Agendapunkt wurde das im letzten Halbjahr dominierende Thema Brexit diskutiert. Dazu sprachen verschiedene Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Sie zeigten Vor- und Nachteile der Entscheidung des britischen Volkes für den Austritt aus der Europäischen Union auf.

Beziehungen in der Landwirtschaft zwischen den EWR/EFTA-Staaten und der EU

Der Vorsitzende unterstrich in seiner Einleitung, dass die EWR/EFTA-Staaten und die Europäische Union gute Handelspartner seien und dies so weitergeführt werden sollte. Bei den Verhandlungen über Handelsliberalisierungen bei landwirtschaftlichen Produkten gibt es jedoch zwischen der EU und Norwegen noch immer keine Fortschritte. Zwischen der EU und Island wurde im September 2015 ein Abkommen paraphiert.

Die liechtensteinischen Handelsbeziehungen zur Europäischen Union betreffend Landwirtschaftsprodukte werden aufgrund der Zollunion über die Schweiz abgewickelt. Das bilaterale Agrarabkommen EU-Schweiz wurde im Jahr 2007 auf Liechtenstein ausgedehnt.

Europol und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa

Eine im Jahr 2013 vom Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder verabschiedete Resolution zum Thema Europol diente als Grundlage dieses Themenpunkts. Ein Abgeordneter des EU-Parlaments machte einleitend Ausführungen. Ziel von Europol (Europäisches Polizeiamt) ist es, eine effiziente Zusammenarbeit zwischen den nationalen Polizeibehörden zu erleichtern und den Austausch von Informationen zwischen ihnen zu verbessern. Liechtenstein, Norwegen und Island beteiligen sich an der polizeilichen Zusammenarbeit der EU durch das Schengener Abkommen und ihre Kooperationsabkommen mit Europol.

Im März 2013 schlug die Europäische Kommission eine Änderung des derzeitigen Europol-Beschlusses vor. Im Mai 2016 genehmigten das EU-Parlament und der Rat die neue Europol-Verordnung, die es Europol leichter macht, spezialisierte Einheiten einzurichten, um auf neue Bedrohungen zu reagieren, Regeln für bestehende Einheiten festzulegen und eine robustere Datenschutzregelung zu schaffen. Mit der Verordnung wurde auch die Rechenschaftspflicht von Europol durch eine gemeinsame parlamentarische Prüfungskommission verstärkt, die das EU-Parlament und die nationalen Parlamente zusammenführt.

Der Abgeordnete Elfried Hasler zeigte auf wie in Liechtenstein die europäische polizeiliche Zusammenarbeit in den letzten Jahren gestärkt wurde. Auf Grundlage des Schengener Abkommens (Beitritt Liechtensteins 2011) wurde das nationale SIRENE-Büro als separate Einheit der Landespolizei eingerichtet. In diesem Zusammenhang nimmt Liechtenstein regelmässig an entsprechenden Arbeitsgruppen des EU-Rats in Brüssel teil.

Zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität hat Liechtenstein 2013 ein Kooperationsabkommen mit Europol unterzeichnet. Liechtenstein wird als Beobachter zur Teilnahme an den vierteljährlichen Treffen von Europol nach Den Haag eingeladen. Liechtenstein arbeitet eng mit Europol-Spezialisten und nationalen Strafverfolgungsbehörden in EWR-Ländern sowie in Drittländern zusammen, die Kooperationsvereinbarungen mit Europol (wie USA, Kanada und Australien) durch das SIENA-Netzwerk abgeschlossen haben.

Die isländischen und norwegischen Delegierten unterstrichen in ihren Wortmeldungen die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und daraus resultierenden beidseitigen Nutzen. Auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments unterstrichen diese Punkte.

Klimapolitik: Gemeinsame Bereitstellung der Klimaziele der EWR/EFTA-Staaten mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten

Ein Mitarbeiter der Europäischen Kommission machte Ausführungen zum Klima- und Energiepaket 2030 der Europäischen Union, welches drei Hauptziele verfolgt: Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber dem Stand von 1990); Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 27%; Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27%.

Dabei spielt das Effort-Sharing, welches 60% der europäischen Treibhausgasemissionen der EU reguliert und damit das grösste klimapolitische Instrument ist eine grosse Rolle. Die Effort Sharing Decision (ESD), die Entscheidung zur Aufteilung der Anstrengung des Europäischen Parlaments und des Rats, legt bindende Emissionsziele für Treibhausgase für die Periode 2013-2020 fest. Diese Ziele betreffen Emissionen, die nicht im europäischen Emissionshandel erfasst werden.

Norwegen und Island haben angekündigt, dass sie die Klimaziele im Verbund mit der EU erreichen («collective delivery») wollen. Liechtenstein hat dies derzeit nicht vor, in erster Linie weil dies den administrativen Aufwand stark erhöhen würde. Es steht jedoch die Möglichkeit im Raum, dass die einschlägigen EU-Rechtsakte zu «collective delivery» in den EWR übernommen werden (anstelle von eigenständigen Abkommen der Europäischen Union mit Norwegen bzw. mit Island). In diesem Falle plädiert Liechtenstein für eine Ausnahme vom Gültigkeitsbereich einer solchen Rechtsakte.

Ein Mitglied des EU-Parlaments äusserte sich in der Diskussion dahingehend, dass es eine Übernahme der EU-Rechtsakte in den EWR begrüssen würde. Ein anderes Mitglied begrüsst die Teilnahme Norwegens und Islands am «collective delivery».

13. Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr ist die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag im Bereich der EWR/EFTA-Delegation weiterhin gut verlaufen. Es wurden jeweils vor den Sitzungen Informationen und Stellungnahmen von den zuständigen Stellen zu den traktandierten Themen eingeholt. Die Delegation stand in Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR sowie der Ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel. So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wurde.

14. Reisekosten und Taggelder der Delegation

Im Jahr 2016 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 31'523 (Vorjahr CHF 48'239). Die Taggelder machten im Jahr 2016 CHF 24'400 (Vorjahr CHF 29'400) aus. Die Kosten (ohne Taggelder) für die Ausrichtung des EEA JPC in Vaduz beliefen sich auf CHF 19'884.

15. Schlusswort und Antrag

Die liechtensteinische Delegation nahm in Laufe des Jahres 2016 an insgesamt 17 Tagen an sieben Arbeitstreffen der drei EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees teil. Der vorliegende Bericht gibt einen summarischen Überblick über die behandelten Themen.

Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees bilden eine interessante Plattform für den gegenseitigen Austausch in- und ausserhalb der offiziellen Traktanden sowie die Pflege der gegenseitigen Beziehungen. Der fortlaufende Dialog zwischen Parlamentariern der EFTA-Staaten, aber auch mit Parlamentariern aus Abkommensstaaten trägt zum besseren gegenseitigen Verständnis bei und unterstützt Verhandlungen im Bereich des Freihandels.

Die personelle Besetzung der liechtensteinischen Delegation ist im Vergleich zu den anderen Delegationen der EFTA-Staaten deutlich kleiner und besteht im Gegensatz zu diesen nicht aus Berufspolitikern. Zudem kann sie nicht in gleichem Umfang auf unterstützende Ressourcen zurückgreifen. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass unsere Delegation auch mit diesen beschränkten Ressourcen für unser Land einen beachteten und positiven Beitrag leistet.

Ich bedanke mich bei meinem Delegationskollegen Harry Quaderer und der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die stets sehr gute Zusammenarbeit. Mein Dank gilt auch dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR, dem EFTA-Sekretariat sowie den stellvertretenden Delegationsmitgliedern.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2016 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Elfried Hasler

Gamprin, im Januar 2017